



Erholung verlangsamt sich Prognose-Update: Deutsche Konjunktur im Herbst 2010

Arbeitskreis Konjunktur¹

Die deutsche Konjunktur hat ihren Erholungskurs im Verlauf des ersten Halbjahres 2010 stark beschleunigt fortgesetzt. Im zweiten Quartal nahm die gesamtwirtschaftliche Produktion außerordentlich kräftig um saisonbereinigt 2,2 % zu, nach 0,5 % im ersten Quartal. Mit dem nun erreichten Niveau hat die deutsche Wirtschaft rund 60 % des Einbruchs wieder wettgemacht. Damit befindet sich das Bruttoinlandsprodukt (BIP) nahezu auf dem Niveau des ersten Quartals 2007. Einen maßgeblichen Beitrag zu diesem Anstieg leisteten Außenhandel und Investitionen. Aber auch von den privaten Konsumausgaben ging erstmals seit einem Jahr ein positiver Impuls aus. Demgegenüber blieben die Vorratsveränderungen nahezu konstant. Noch zu Jahresbeginn waren sie im Wesentlichen für den Anstieg verantwortlich.

Die überaus kräftige Auslandsnachfrage führte zu einem regelrechten Boom der Exporte. Die Zunahme der Importe fiel etwas geringer aus, sodass der Außenbeitrag 0,8 Prozentpunkte zum Wachstum beitrug. Die Bauinvestitionen stiegen infolge des Nachholeffekts aufgrund der widrigen Witterung im ersten Quartal sowie der nunmehr vollen Wirksamkeit der Konjunkturpakete besonders dynamisch; auch die Ausrüstungsinvestitionen expandierten abermals sehr stark. Die privaten Konsumausgaben profitierten insbesondere von der verbesserten Situation auf dem Arbeitsmarkt. Der Erholungskurs wurde also überwiegend von binnenwirtschaftlichen Faktoren getragen.

Mit einer Fortsetzung dieser überaus lebhaften Konjunktur ist derzeit allerdings nicht zu rechnen. Sowohl die Produktion als auch die Umsätze in der Industrie blieben in den letzten Monaten nahezu unverändert. Die Auftragseingänge waren zuletzt sogar leicht rückläufig. Auch Stimmungsindikatoren, wie die Geschäftserwartungen des ifo-Geschäftsklimaindex für die nächsten Monate, sind nicht mehr ganz so optimistisch. Allerdings zeigt sich der Arbeitsmarkt weiterhin robust.

In der zweiten Jahreshälfte wird daher die konjunkturelle Dynamik merklich verhaltener ausfallen. Das Expansionsstempo der Weltkonjunktur wird sich abschwächen, mit entsprechend dämpfenden Folgen für die deutschen Exporte. Auch die Inlandsnachfrage dürfte nur noch moderat ausgeweitet werden. Das hohe Tempo der Ausweitung bei den Ausrüstungsinvestitionen des ersten Halbjahres dürfte sich bei weiterhin relativ niedriger Kapazitätsauslastung nicht fortsetzen. Allerdings wird es aufgrund der zum Jahresende wegfallenden günstigeren Abschreibungsmodalitäten noch zu Vorzieheffekten kommen. Die privaten Konsumausgaben dürften weiterhin leicht zulegen.

Für das Jahr 2010 insgesamt wird die Zunahme des BIP im Jahresdurchschnitt 3,5 % betragen. Das IMK erhöht somit seine Prognose gegenüber dem Juni um 1,5 Prozentpunkte. Zum Teil erklärt sich diese deutliche Aufwärtskorrektur damit, dass DESTATIS das Ausgangsniveau stark revidiert hat, auf dem die Juni-Prognose des IMK basierte.

Im kommenden Jahr wird das Tempo der konjunkturellen Erholung weiter abflachen. Die Zunahme der Exporte wird infolge der nachlassenden Dynamik der Weltkonjunktur – insbesondere im übrigen Euroraum – geringer ausfallen. Auch die Investitionstätigkeit wird infolgedessen deutlich schwächer sein. Zwar dürften die privaten Konsumausgaben bei steigenden verfügbaren Einkommen etwas zunehmen, aber erste Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung wirken dämpfend. Hinzu kommt, dass die Konjunkturpakete auslaufen. Der Anstieg des BIP wird 2011 im Jahresdurchschnitt nur noch 1,9 % betragen. Damit hebt das IMK seine Prognose für das kommende Jahr leicht um 0,4 Prozentpunkte an (Abbildung 1, Tabellen 3 und 4).

¹ Gustav Horn, Peter Hohlfeld, Torsten Niechoj, Simon Sturm, Silke Tober, Achim Truger.

Verringertes Tempo

Die deutsche Wirtschaft konnte im ersten Halbjahr 2010 sehr stark von der Erholung der Weltwirtschaft profitieren. Vor allem die kräftige Nachfrage der Schwellenländer nach deutschen Industriegütern gab den deutschen Exporten einen außergewöhnlich starken Impuls. Hingegen war die Nachfrage aus den meisten Industrieländern aufgrund der verhalteneren Erholung nicht ganz so dynamisch. Die globale Erholung wurde durch zahlreiche Maßnahmen seitens der Wirtschaftspolitik zur Stärkung der Konjunktur und zur Stabilisierung der Finanzmärkte unterstützt.

Die Weltwirtschaft wird im Prognosezeitraum deutlich langsamer expandieren als bisher; besonders ausgeprägt dürfte die Abflachung im Euroraum ausfallen (Tabelle 1). Maßgeblich dürfte die Finanzpolitik die konjunkturelle Erholung dämpfen: Einerseits wird die stimulierende Wirkung der Konjunkturprogramme mit deren Auslaufen merklich nachlassen. Andererseits wird in vielen Ländern infolge der angestrebten Konsolidierungsmaßnahmen die Finanzpolitik zusätzlich restriktiv wirken. Außerdem dürfte der Konsum in Ländern wie den USA, Großbritannien, Spanien und Irland angesichts der hohen Verschuldung der Konsumenten und der weiterhin hohen Arbeitslosigkeit schwach bleiben. Die Investitionen werden wegen der nach wie vor überwiegend noch nicht ausgelasteten Kapazitäten vorläufig nur verhalten ausgeweitet. Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Exporteure wird nahezu unverändert bleiben. Alles in allem werden sich die Perspektiven für die deutsche Exportwirtschaft etwas eintrüben.

Die monetären Rahmenbedingungen für die deutsche Wirtschaft werden sich im Prognosezeitraum nicht wesentlich verändern. Die Prognose basiert auf der Annahme weitgehend unveränderter Wechselkurse. Die Geldpolitik wird ihren Expansionsgrad nahezu beibehalten (Tabelle 2). Das IMK erwartet, dass die Europäische Zentralbank den Leitzins im Prognosezeitraum unverändert lässt. Auch wird sie die Ban-

Tabelle 1

Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts wichtiger Handelspartner			
Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %			
	2009	2010	2011
Euroraum	-4,1	1,6	1,3
USA	-2,4	2,7	2,0
China	8,7	10,0	9,0
Japan	-5,2	2,2	1,6

Quellen: Nationale und internationale Statistiken; Berechnungen des IMK, ab 2010 Prognose des IMK.



ken weiterhin großzügig mit Liquidität versorgen, wenngleich sie im Verlauf des nächsten Jahres die unkonventionellen Maßnahmen verringern dürfte. Außerdem halten die Entspannungstendenzen beim Kreditzugang für die Unternehmen an. So hat die Kreditürde laut ifo-Konjunkturtest seit Jahresbeginn bis zuletzt (September) deutlich abgenommen. Insgesamt sind die Finanzierungsbedingungen für die Unternehmen günstiger geworden und dürften sich nunmehr kaum verändern.

Die Finanzpolitik in Deutschland stützt die Konjunktur auch im weiteren Verlauf dieses Jahres, wenngleich spürbar nachlassend, weil die Konjunkturprogramme auslaufen. Zudem wird sie die Konjunktur im kommenden Jahr aufgrund der vorgesehenen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung dämpfen. Der fiskalpolitische Impuls dürfte 2010 1 % in Relation zum Bruttoinlandsprodukt betragen. Im Jahr 2011 wird die Finanzpolitik dagegen die Wirtschaft in einer Größenordnung von -0,7 % des Bruttoinlandsprodukts bremsen.

Alles in allem erwartet das IMK für den weiteren Verlauf dieses Jahres ein abnehmendes Tempo der konjunkturellen Erholung. Im Jahresdurchschnitt 2010 wird die Zunahme des Bruttoinlandsprodukts 3,5 % betragen, im Jahresverlauf 3,8 %. Im Jahr 2011 wird der Anstieg des Bruttoinlandsprodukts voraussichtlich im Durchschnitt 1,9 % betragen, im Verlauf sogar nur 1,1 % (Abbildung 1, Tabellen 2 und 3).

Ende des Exportbooms

In der ersten Hälfte dieses Jahres kam es zu einem regelrechten Exportboom. Nachdem die Ausfuhren im ersten Quartal saisonbereinigt um 3,1 % expandierten, legten sie im zweiten Quartal nochmals verstärkt um 8,2 % zu. Damit haben die Exporte gut achtzig Prozent des Rückgangs in der Krise aufgeholt. Besonders rasant war die Zunahme der Exporte nach China sowie in andere südostasiatische Schwellenländer. Auch die Ausfuhren in die USA und in die OPEC-Staaten stiegen überdurchschnittlich stark. Hingegen nahmen die Lieferungen in den Euroraum und auch in die anderen EU-Länder nur verhalten zu (Abbildung 2). Aufgrund der hohen Auslandsnachfrage nach Investitionsgütern profitierten besonders die Exporteure von Maschinen, elektronischen Erzeugnissen sowie von Kraftfahrzeugen.

In der zweiten Jahreshälfte wird die Expansion der Ausfuhr abflachen, wenngleich der Anstieg im langfristigen Vergleich noch recht kräftig sein wird. Darauf deuten sowohl die weniger optimistischen Exporterwartungen als auch die zuletzt etwas rückläufigen Auftragseingänge aus dem Ausland hin. Im Jahr 2011

Abbildung 1

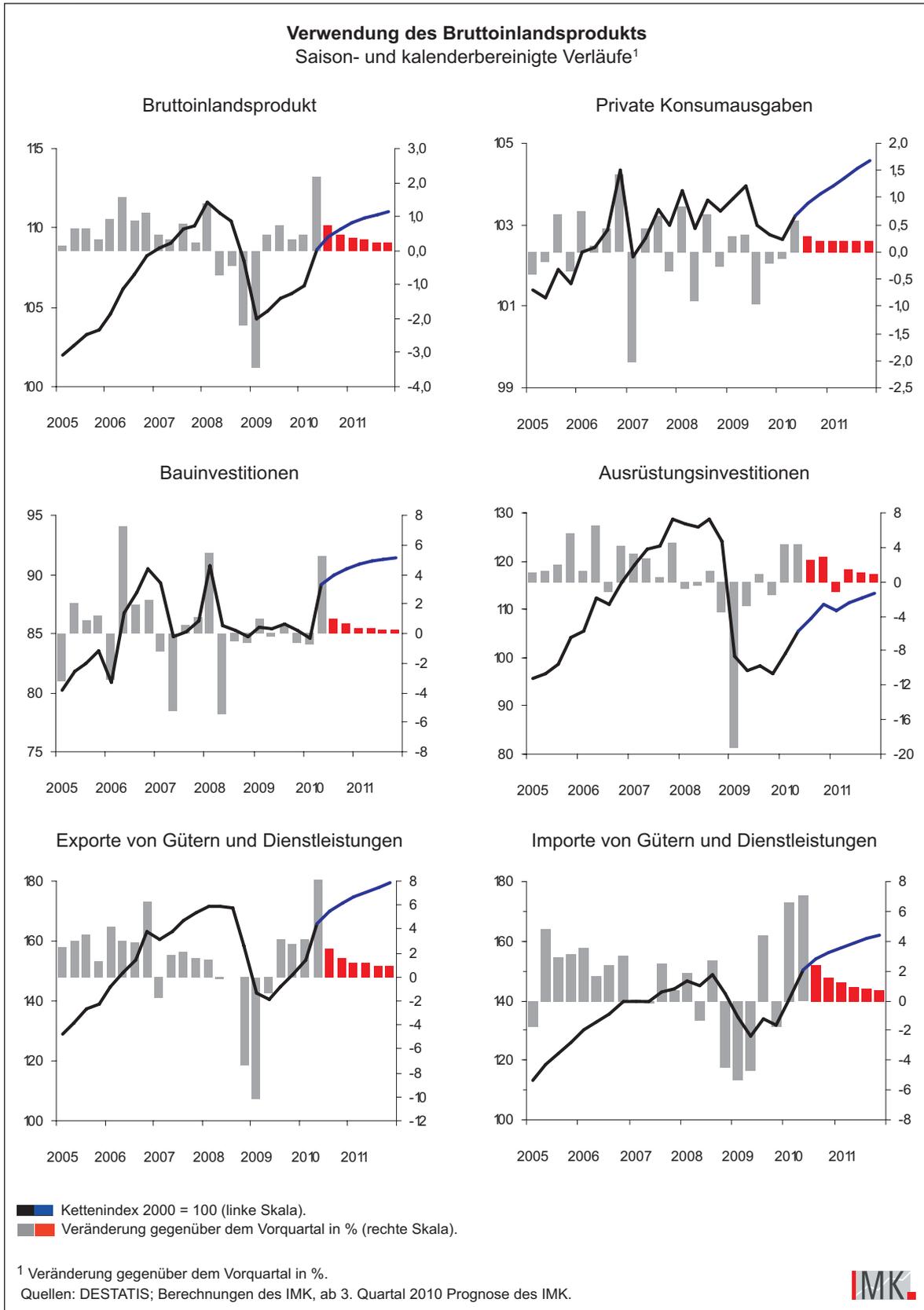
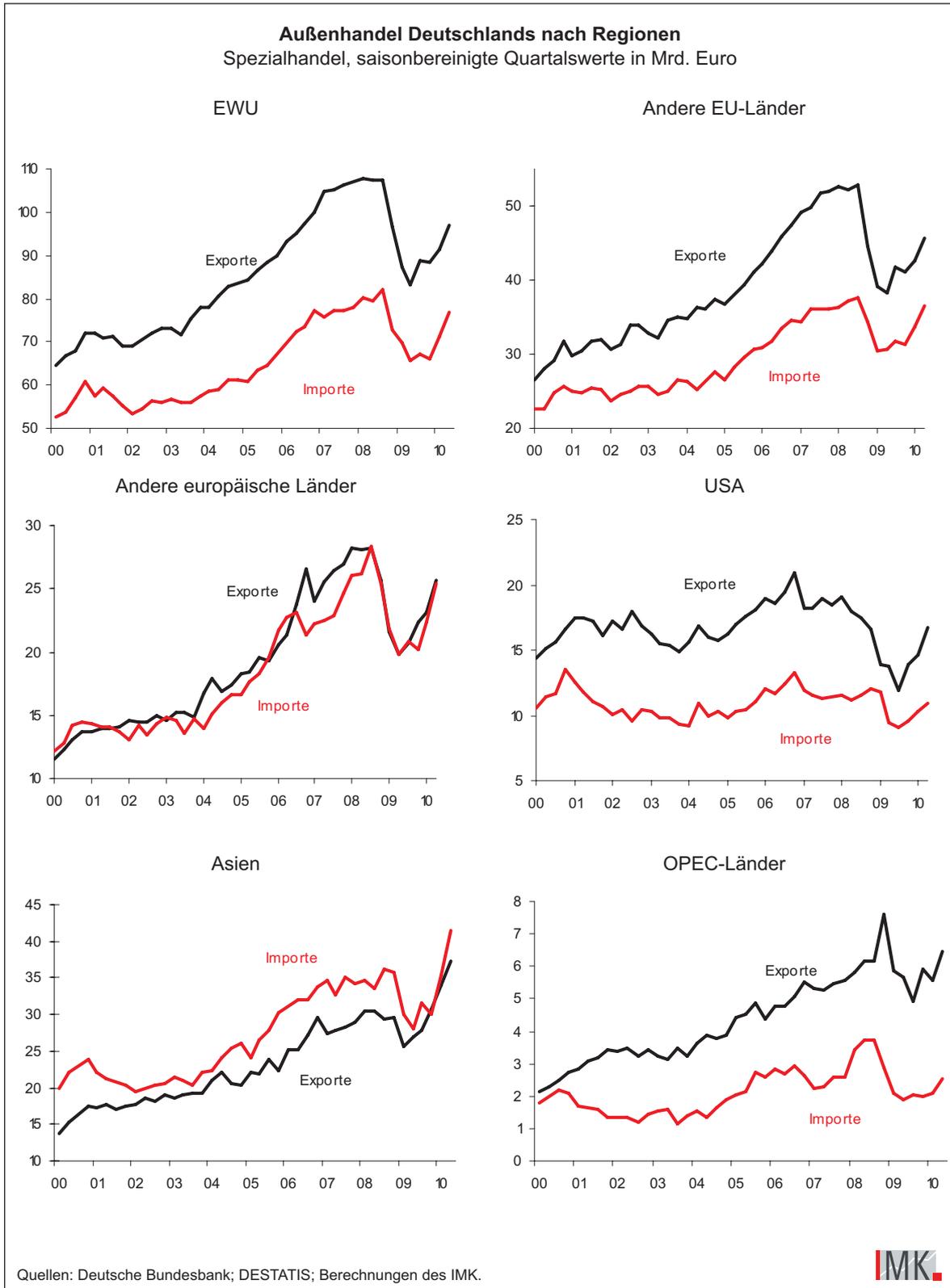


Abbildung 2



dürfte sich die Exportdynamik weiter verringern, da das Tempo der Erholung der Weltkonjunktur abnehmen wird. Dabei verringert sich infolge der Konsolidierungsmaßnahmen insbesondere die Nachfrage der europäischen Handelspartner. Außerdem wird sich die Konjunktur in den USA abkühlen. In diesem Jahr werden die Exporte um durchschnittlich 14,9 % zunehmen, im kommenden Jahr um 7 %, im Verlauf allerdings nur noch um 4,1%.

Auch die Importe stiegen im ersten Halbjahr 2010 sehr stark. Maßgeblich für ihren erheblichen Zuwachs waren der kräftige Lageraufbau im ersten Quartal sowie der Exportboom im zweiten Quartal, infolgedessen überdurchschnittlich viele Vorleistungsgüter eingeführt wurden. Aber auch die dynamische Ausweitung der inländischen Ausrüstungsinvestitionen führte zu einem deutlich erhöhten Import von Ausrüstungsgütern. Im Verlauf des Prognosezeitraums wird sich das Expansionstempo der Einfuhren, einhergehend mit der nachlassenden Inlandsnachfrage und der schwächeren Exporttätigkeit, deutlich verringern. Im Jahresdurchschnitt 2010 steigen die Einfuhren um 13,3 %, im Verlauf sogar um 18,7 %; im Jahr 2011 um 7 %, im Verlauf nur noch um 3,6 %. Der Außenhandel trägt mit 1,3 Prozentpunkten in diesem Jahr maßgeblich zum Wachstum des Bruttoinlandsprodukts bei; 2011 wird

Tabelle 2

Rahmendaten der Prognose			
Jahreswerte	2009	2010	2011
Dreimonats-Euribor (%)	1,2	0,8	1,1
Rendite zehnjähriger Staatsanleihen (Euroraum) (%) ¹	3,9	3,6	3,5
Rendite zehnjähriger Staatsanleihen (USA) (%)	3,3	3,2	2,9
Wechselkurs (USD/EUR)	1,39	1,31	1,30
Realer effektiver Wechselkurs des Euro (gegenüber 41 Ländern) ²	107,8	98,6	97,3
Indikator der preislichen Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands (gegenüber 56 Ländern) ²	99,7	94,3	93,3
Tarifindex (Bundesbank, je Stunde) (% Vj.)	2,3	1,6	1,7
Ölpreis (Brent, USD)	61	77	80

¹ EURO12.
² Sinkende Werte des jeweiligen Indikators bedeuten eine Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit.

Quellen: Deutsche Bundesbank; EZB; EIA; Federal Reserve; Berechnungen des IMK, ab 2010 Prognose des IMK.



Zu den Konsequenzen der VGR-Revisionen des Statistischen Bundesamtes

Das Statistische Bundesamt veröffentlicht regelmäßig eine detaillierte vierteljährliche Rechnung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) für die deutsche Volkswirtschaft nunmehr jeweils 55 Tage nach Ablauf des Berichtsquartals. In den Folgeveröffentlichungen werden die Ergebnisse zurückliegender Quartale u. a. durch Einbeziehung neuer Daten überarbeitet. In jüngster Zeit ist zu beobachten, dass die hieraus resultierenden Revisionen insbesondere am aktuellen Rand deutlich stärker ausfallen als in der Vergangenheit. Dies hat erhebliche Konsequenzen für das Konjunkturbild der zurückliegenden Quartale und damit für das Ausgangsniveau der Prognose.

In der aktuellen Veröffentlichung des Statistischen Bundesamtes vom August 2010 wurden das BIP und seine Aggregate für mehrere Jahre rückwirkend revidiert. Besonders ausgeprägt waren die Änderungen der saison- und preisbereinigten Ergebnisse für das vierte Quartal 2009 und das erste Quartal 2010. Danach ist das BIP in beiden Quartalen aufwärts revidiert worden (um 0,1 bzw. 0,3 Prozentpunkte) (Abbildung K). Auch bei den Aggregaten fielen die Revisionen fast durchgehend positiv aus. Besonders stark fiel die Aufwärtskorrektur im ersten Quartal 2010 bei den Bauinvestitionen mit 3,1 Prozentpunkten und den Ausrüstungsinvestitionen mit 2,8 Prozentpunkten aus. Darüber hinaus wurden die privaten Konsumausgaben (+0,7 Prozentpunkte) und die Konsumausgaben des Staates (+0,9 Prozentpunkte) korrigiert. Ebenfalls kam es zu einer Berichtigung von Importen (+0,6 Prozentpunkte) und Exporten (+0,5 Prozentpunkte).

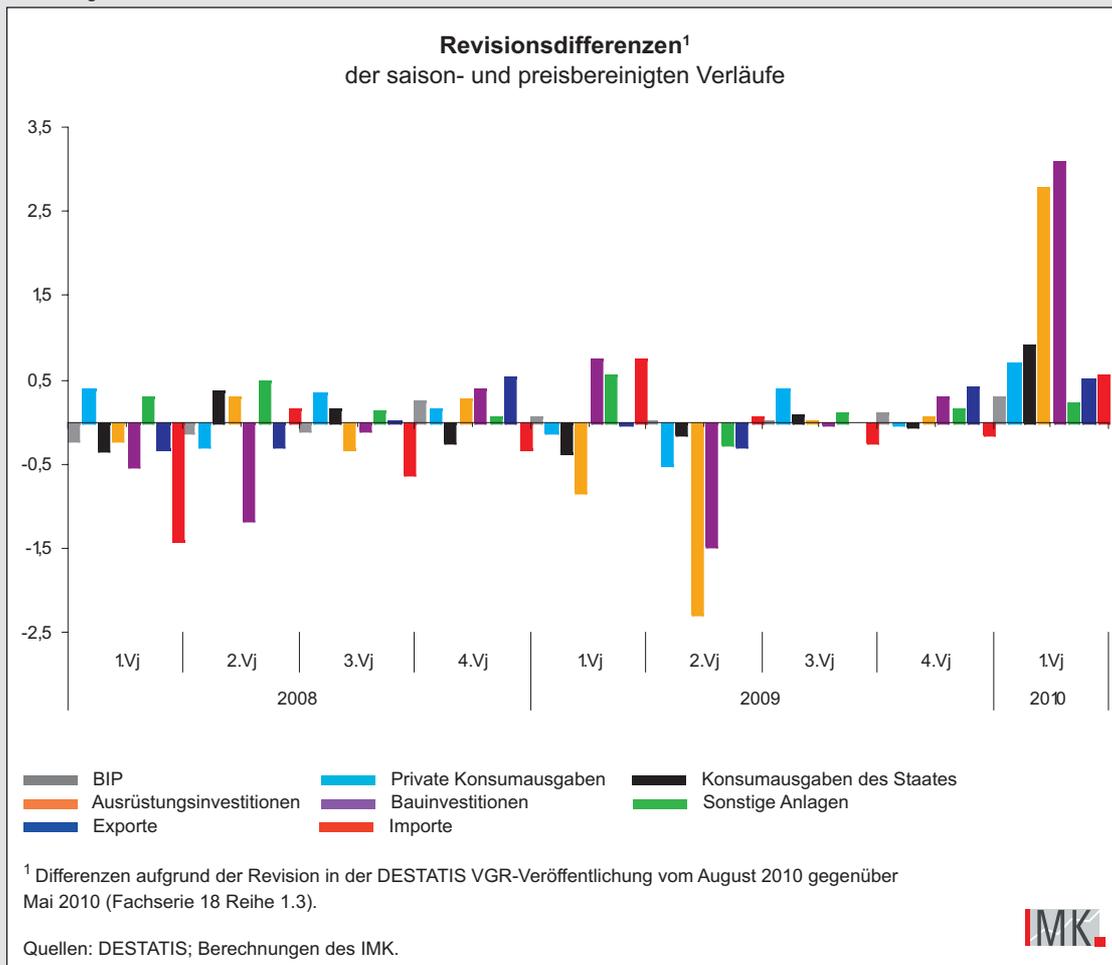
Aus diesen Revisionen ergibt sich für den vor Beginn der Prognose liegenden Zeitraum nunmehr ein deutlich optimistischeres Konjunkturbild als bislang. Die konjunkturelle Einschätzung musste also rückwirkend geändert werden. Gleichzeitig resultiert hieraus ein höheres Ausgangsniveau für die Prognose. Dies hat spürbare Konsequenzen für die Jahresveränderungsrate des Bruttoinlandsprodukts. Die Juni-Prognose des IMK für 2010 wäre auf Basis dieser nunmehr veränderten ex-post Daten – bei unveränderten Prognosewerten für die drei verbleibenden Quartale 2010 – um immerhin 0,5 Prozentpunkte höher ausgefallen,

Fortsetzung Kasten

statt 2 % nun 2,5 %. Bei den Aggregaten ergibt sich teilweise eine noch größere Abweichung. Dies zeigt, dass Prognoseänderungen nicht allein aufgrund von Fehl- bzw. Neueinschätzungen der Konjunkturlage seitens der Prognostiker zurückzuführen sind. Ein Drittel der aktuellen IMK-Prognoserevision ist also der rein statistisch bedingten Veränderung der Ausgangsbasis geschuldet.

Die offensichtlich unsicherere Datenlage des Statistischen Bundesamtes dürfte zum einen darauf zurückzuführen sein, dass Politik und Öffentlichkeit immer mehr darauf drängen, sehr zeitnah zum Berichtszeitraum Ergebnisse präsentiert zu bekommen. Je näher aber der Veröffentlichungstermin liegt, umso unvollständiger ist naturgemäß die Datenlage und desto größer deren Schätzanteil. Zum anderen dürfte die Vielzahl von Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Abbau von Bürokratiekosten hinsichtlich der Berichterstattung der Unternehmen dazu geführt haben, dass die Vollständigkeit der Daten – insbesondere zum Zeitpunkt der ersten Veröffentlichung – nicht mehr in vollem Umfang gewährleistet ist. So wurde teilweise der Berichtskreis verkleinert, aber auch die in der Vergangenheit vielfach übliche unterjährige Erfassung existiert in einigen Bereichen nur noch als Jahreserhebung. Der Abbau von Statistikpflichten führt offenbar zu einem Informationsverlust, der sich nachteilig auf die Gesamtrechnungssysteme auswirkt. Wenn aber die Ausgangsbasis für Prognosen unsicherer wird, werden auch die Prognosen unzuverlässiger. Dies ist der Preis für den Statistikabbau und die höhere Geschwindigkeit der Veröffentlichung. Es besteht die Gefahr, dass die Balance zwischen der Entlastung der Auskunftgebenden und dem Informationsnutzen von Statistiken nicht mehr gewahrt wird.

Abbildung K



sich der Wachstumsbeitrag mit 0,4 Prozentpunkten deutlich verringern (Abbildung 1, Tabellen 3 und 5).

Die Einfuhrpreise sind in der ersten Hälfte dieses Jahres spürbar gestiegen, insbesondere infolge merklich anziehender Energie- und Rohstoffpreise und der Abwertung des Euro. Gegenüber dem Schlussquartal 2009 stieg der Importdeflator um 5,2 %. Für den Prognosezeitraum werden ein Rohölpreis von rund 80 US-Dollar und ein nahezu konstanter Wechselkurs in Höhe von 1,30 US-Dollar je Euro angenommen. Die Importpreise werden vorerst vor allem aufgrund der bisherigen Abwertung des Euro weiter steigen. Im nächsten Jahr dürften sie dann aufgrund der schwächeren Weltkonjunktur nur moderat zunehmen. Die Ausführpreise stiegen im ersten Halbjahr 2010 merklich schwächer als die Einfuhrpreise. Der Deflator der Exporte nahm um 1,6 % zu. Die deutschen Exporteure dürften vorerst, trotz weiterhin niedriger Kapazitätsauslastungen die verbesserten Preisüberwälzungsmöglichkeiten infolge der Abwertung für Preiserhöhungen nutzen. Im nächsten Jahr wird der Preisanstieg aufgrund der schwächeren Auslandsnachfrage sowie der auslaufenden Abwertungseffekte wieder stärker begrenzt sein. Die Terms of Trade werden sich in diesem Jahr nennenswert verschlechtern, im nächsten Jahr kaum noch.

Verhaltene Investitionstätigkeit

Die Ausrüstungsinvestitionen expandierten in der ersten Jahreshälfte 2010 überraschend stark; saisonbereinigt stiegen sie in beiden Quartalen jeweils um 4,4 %. Trotzdem liegen sie damit immer noch rund ein Fünftel unter dem Vorkrisenniveau. Maßgeblich für diesen dynamischen Anstieg waren die Ersatzinvestitionen, denn angesichts immer noch unterausgelasteter Kapazitäten der Unternehmen und der hohen preislichen Wettbewerbsfähigkeit dürften sowohl Erweiterungs- als auch Rationalisierungsinvestitionen nachrangig gewesen sein. Weniger optimistische Geschäftserwartungen sowie die zuletzt nachlassende Dynamik der Auftragseingänge aus dem In- und Ausland deuten auf eine schwächere Expansion hin. Allerdings dürfte es in der zweiten Jahreshälfte zu Vorzieheffekten kommen, weil die günstigen degressiven Abschreibungsmodalitäten für die Unternehmen zum Jahresende auslaufen. Erfahrungsgemäß werden die Unternehmen Investitionen einige Monate vorziehen, die sie eigentlich zu einem etwas späteren Zeitpunkt vornehmen wollten. Diese fehlen dann allerdings zu Beginn des nächsten Jahres, was somit wiederum das Expansionstempo dämpft. Im kommenden Jahr dürfte die Auslandsnachfrage weiter nachlassen. Hingegen dürften sich das weiterhin niedrige Zinsniveau und eine we-

niger restriktive Kreditvergabe positiv auswirken. Alles in allem werden die Ausrüstungsinvestitionen im Verlauf dieses Jahres besonders dynamisch um 14,8 % zunehmen. Im Jahresdurchschnitt ergibt sich ein Anstieg um 9,2 %. Im Jahr 2011 werden sie nur um 4,6 % wachsen, im Verlauf sogar nur noch um 2,1 % (Abbildung 1, Tabelle 3).

Die Bauinvestitionen insgesamt haben in der ersten Hälfte dieses Jahres um 1,5 % zugenommen. In der Quartalsbetrachtung war die Entwicklung sehr unterschiedlich. So kam es infolge des außergewöhnlich langen und kalten Winters, in dem Aufträge teilweise nicht realisiert werden konnten, zu einem Rückgang von 0,7 %. Hingegen betrug der Anstieg im zweiten Quartal 5,2 %, nicht zuletzt aufgrund des Nachholeffektes.

Die Wohnungsbauinvestitionen sind, begünstigt durch die niedrigen Hypothekenzinsen, spürbar gestiegen. Die bis zuletzt steigenden Auftragseingänge und der hohe Auftragsbestand im Wohnungsbau, aber auch die höhere Zahl an Baugenehmigungen, deuten auf eine weitere Zunahme im Prognosezeitraum hin. Außerdem wirken die zunehmenden real verfügbaren Einkommen sowie die weiterhin relativ niedrigen Hypothekenzinsen stimulierend auf die Wohnungsbauinvestitionen. Hingegen dürfte der Wirtschaftsbau – der im ersten Halbjahr ebenfalls kräftig zunahm – infolge der nur geringen Erweiterungsinvestitionen bei den Ausrüstungen allenfalls stagnieren. Die öffentlichen Bauinvestitionen waren in der ersten Jahreshälfte rückläufig. Offensichtlich konnte der überaus starke Rückgang im ersten Quartal in den Folgemonaten noch nicht aufgeholt werden. Daher dürfte es im dritten und auch im vierten Quartal noch zu einem deutlichen Anstieg kommen.

Alles in allem werden in diesem Jahr die öffentlichen Investitionen infolge der umfangreichen fiskalpolitischen Maßnahmen kräftig expandieren. Im nächsten Jahr dürfte es zu einem Rückgang kommen, da aufgrund der Konsolidierungsanstrengungen von Bund und Ländern sowie der schlechten Kassenlage der Gemeinden nicht mit weiteren Impulsen zu rechnen ist. Insgesamt beträgt die Zunahme der Bauinvestitionen 2010 im Jahresdurchschnitt 3,8 %, im Verlauf sogar 6,2 %. Im kommenden Jahr steigen sie wegen des statistischen Überhangs zum Ende dieses Jahres um 2,7 %; im Verlauf nehmen sie nur noch um 1 % zu (Abbildung 1, Tabelle 3).

Weiterhin zögerliche Belebung des Konsums

Die Konsumausgaben der privaten Haushalte stiegen im ersten Halbjahr dieses Jahres um saisonbereinigt 0,9 %. Ausschlaggebend hierfür war das verfügbare

Tabelle 3

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Deutschland Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
	2008	2009	2010	2011
Verwendung¹				
Konsumausgaben	1,1	0,5	0,7	1,0
Private Haushalte ²	0,7	-0,2	0,0	1,0
Staat	2,3	2,9	2,8	1,0
Anlageinvestitionen	2,5	-10,1	5,9	3,8
Ausrüstungen	2,5	-22,6	9,2	4,6
Bauten	1,2	-1,5	3,8	2,7
Sonstige	6,5	5,6	5,9	4,3
Exporte	2,5	-14,3	14,9	7,0
Importe	3,3	-9,4	13,3	7,0
Bruttoinlandsprodukt	1,0	-4,7	3,5	1,9
Preise				
Bruttoinlandsprodukt	1,0	1,4	0,7	1,0
Konsumausgaben ²	1,7	0,1	1,7	1,3
Importe	1,8	-6,8	3,2	1,4
Nachrichtlich: Verbraucherpreise	2,6	0,4	1,1	1,3
Einkommensverteilung				
Arbeitnehmerentgelte	3,6	0,2	2,1	2,3
Gewinne ³	-1,4	-12,6	16,8	7,4
Volkseinkommen	1,8	-4,2	7,1	4,0
Nachrichtlich:				
Tariflöhne (Stundenbasis)	2,8	2,3	1,6	1,7
Effektivverdienste (Stundenbasis)	2,4	2,9	0,0	1,3
Lohndrift	-0,4	0,7	-1,6	-0,4
Bruttolöhne- und -gehälter	3,9	-0,2	2,1	2,1
Bruttolöhne- und -gehälter je Beschäftigten	2,2	-0,2	1,9	1,7
Entstehung				
Erwerbstätige	1,4	0,0	0,2	0,5
Arbeitszeit je Erwerbstätigen	-0,2	-2,5	1,8	-0,2
Arbeitsvolumen	1,2	-2,6	2,1	0,3
Produktivität (je Stunde)	-0,2	-2,2	1,4	1,5
Bruttoinlandsprodukt ¹	1,0	-4,7	3,5	1,9
Nachrichtlich:				
Erwerbslose, ⁴ in 1000	3 148	3 228	2 984	2 694
Erwerbslosenquote, in %	7,3	7,4	6,9	6,2
Arbeitslose, ⁵ in 1000	3 268	3 423	3 236	2 933
Arbeitslosenquote, ⁶ in %	7,8	8,2	7,7	7,0
Kurzarbeiter, in 1000	102	1 143	450	120
Lohnstückkosten	2,4	5,2	-1,3	0,2
Budgetsaldo, in % des BIP	0,1	-3,0	-3,8	-3,0
¹ Preisbereinigt. ² Private Haushalte einschl. privater Organisationen ohne Erwerbszweck. ³ Unternehmens- und Vermögenseinkommen. ⁴ In der Abgrenzung der International Labour Organization (ILO). ⁵ In der Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit. ⁶ In % der zivilen Erwerbspersonen.				
Quellen: Deutsche Bundesbank; DESTATIS; Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des IMK, ab 2010 Prognose des IMK.				



Tabelle 4

Statistische Komponenten des BIP-Wachstums in % bzw. Prozentpunkten			
	2009	2010	2011
Statistischer Überhang am Ende des Vorjahres ¹	-2,0	0,7	1,2
Jahresverlaufsrate ²	-2,0	3,8	1,1
Jahresdurchschnittliche BIP-Rate, arbeitstäglich bereinigt	-4,7	3,3	2,0
Kalendereffekt ³	-0,05	0,1	-0,1
Jahresdurchschnittliche BIP-Rate	-4,7	3,5	1,9
¹ Saison- und arbeitstäglich bereinigter Indexstand im vierten Quartal des Vorjahres in Relation zum arbeitstäglich bereinigten Quartals- durchschnitt des Vorjahres. ² Jahresveränderungsrate im vierten Quartal, arbeitstäglich bereinigt. ³ In % des BIP.			
Quellen: DESTATIS; Berechnungen des IMK, ab 2010 Prognose des IMK.			



Einkommen, das saisonbereinigt um 1,4 % zunahm. Treibende Kraft hierbei waren neben den Nettolöhnen und -gehältern (+2,2 %) insbesondere die Selbstständigen- und Vermögenseinkommen mit einem Zuwachs von 2,7 %. Gleichzeitig stieg allerdings die Sparquote gegenüber der zweiten Jahreshälfte 2009 um 0,5 Prozentpunkte und beträgt nunmehr 11,6 %. Der kräftige Anstieg der Sparquote dürfte auch Reflex der im Herbst vergangenen Jahres ausgelaufenen Abwrackprämie gewesen sein.

Im weiteren Verlauf dieses Jahres nehmen die Bruttolöhne und -gehälter verhaltener zu. Da es in der ersten Jahreshälfte zu einem drastischen Abbau der Kurzarbeit bei gleichzeitigem Beschäftigungsaufbau gekommen ist, sind die Bruttolöhne und -gehälter entsprechend stark gestiegen. Dies wird sich so nicht fortsetzen. Außerdem wird es in diesem Jahr keine Rentenerhöhung geben. Eigentlich hätte es sogar entsprechend der Entwicklung der Bruttolöhne und -gehälter pro Kopf (-0,2 %) im Jahr 2009 zu einer leichten Kürzung kommen müssen. Für diesen Fall greift jedoch die von der Bundesregierung gewährte Rentengarantie, die eine Kürzung ausschließt. Allerdings werden ausgebliebene Rentenkürzungen in den Folgejahren mit möglichen Rentenerhöhungen verrechnet. Die Gewinneinkommen der privaten Haushalte dürften hingegen weiter recht dynamisch expandieren.

Tabelle 5

Wachstumsbeiträge der Verwendungsaggregate¹ in Deutschland in Prozentpunkten				
	2008	2009	2010	2011
Inlandsnachfrage	1,1	-1,8	2,2	1,6
Konsumausgaben	0,8	0,4	0,6	0,8
Private Haushalte	0,4	-0,1	0,0	0,6
Staat	0,4	0,5	0,6	0,2
Anlageinvestitionen	0,5	-1,9	1,2	0,8
Ausrüstungen	0,3	-1,8	0,7	0,4
Bauten	0,1	-0,1	0,4	0,3
Sonstige Anlagen	0,1	0,1	0,1	0,1
Vorratsveränderung	-0,2	-0,3	0,4	0,0
Außenbeitrag	-0,1	-2,9	1,3	0,4
Ausfuhr	1,2	-6,8	6,8	3,6
Einfuhr	-1,3	3,9	-5,5	-3,2
Bruttoinlandsprodukt	1,0	-4,7	3,5	1,9
¹ Berechnet aus verketteten Volumenangaben; Lundberg-Komponente; Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.				
Quellen: DESTATIS; Berechnungen des IMK, ab 2010 Prognose des IMK.				



Alles in allem steigen die verfügbaren Einkommen 2010 unter Berücksichtigung der Teuerung² allenfalls geringfügig. Die realen privaten Konsumausgaben werden 2010 aufgrund eines statistischen Unterhangs aus dem Vorjahr im Jahresdurchschnitt stagnieren, im Jahresverlauf allerdings um 1 % zunehmen.

Im kommenden Jahr wird der private Konsum moderat zunehmen. Die Bruttolöhne und -gehälter steigen um 2,1 %, nicht zuletzt aufgrund einer sich weiter bessernden Arbeitsmarktsituation, während die Nettolöhne infolge der höheren Belastung durch die Sozialversicherungsbeiträge nicht ganz so stark zulegen. So wird der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung um 0,2 Prozentpunkte erhöht und der Beitragssatz zur Gesetzlichen Krankenversicherung wird um 0,6 Prozentpunkte steigen. Die monetären Sozialleistungen nehmen nur geringfügig zu. Die gesetzlichen Rentenbezüge dürften infolge der Lohn- und Gehaltsentwicklung dieses Jahres trotz der Abzüge aufgrund der Rentengarantie etwas anziehen. Hingegen werden die Leistungen für das Arbeitslosengeld aufgrund sinkender Arbeitslosenzahlen abnehmen. Vor dem Hintergrund der schwachen Lohnentwicklung werden die Selbstständigen- und Vermögenseinkommen im Jahr 2011 spürbar expandieren. Insgesamt werden die real verfügbaren Einkommen zunehmen. Bei leicht steigender Sparquote werden die privaten Konsumausgaben im Jahresdurchschnitt um 1 % zunehmen, im Jahresverlauf nur noch um 0,8 % (Abbildung 1, Tabelle 3).

Ruhiges Preisklima

Die Inflationsentwicklung in Deutschland ist der konjunkturellen Situation entsprechend verhalten. Die Kernrate, gemessen am harmonisierten Verbraucherpreisindex ohne Energie, Nahrungsmittel, Alkohol und Tabak, verringerte sich seit Mitte vergangenen Jahres von ohnehin niedrigem Niveau in der Tendenz. Die Vorjahresrate betrug in den vergangenen sechs Monaten durchschnittlich 0,6 %, was ebenfalls der Rate vom August 2010 entspricht. Auch der Verbraucherpreisindex insgesamt erhöhte sich trotz überproportional stark steigender Preise für Mineralölprodukte und Nahrungsmittel nur mit einer Rate von zuletzt 1 % und

² Der Deflator der privaten Konsumausgaben ist im ersten Halbjahr 2010 außergewöhnlich stark, um 1,9 %, gestiegen. Maßgeblich hierfür war die beachtliche Zunahme der unterstellten Entgelte für Bankdienstleistungen (FISIM=Finanzserviceleistung, indirekte Messung). Hingegen betrug der Anstieg des Index der Verbraucherpreise nur 0,9 %. Bereinigt man den Deflator der privaten Konsumausgaben um FISIM ergibt sich für denselben Zeitraum ebenfalls nur ein Anstieg von 0,9 %. Sollte es gegebenenfalls zu einer Korrektur der Schätzung von FISIM und damit des Gesamtdeflators der privaten Konsumausgaben kommen, hätte dies Konsequenzen für die realen Konsumausgaben. In diesem Fall würden sie entsprechend höher ausfallen als bisher und damit auch c.p. das reale Bruttoinlandsprodukt.

verletzte damit weiterhin das mittelfristige Inflationsziel der Europäischen Zentralbank (1,9 %). Für den Prognosezeitraum ist weiterhin mit einer gedämpften Inflationstendenz zu rechnen. Unter der Annahme annähernd stabiler Wechselkurse und nur leicht anziehender Rohstoffpreise kommen von den Importpreisen bei verhaltener wirtschaftlicher Entwicklung in den meisten Haupthandelspartnerländern nur wenige Impulse. Binnenwirtschaftlich dürften die Unternehmen die Margen in diesem Jahr deutlich ausweiten, was allerdings überwiegend von den stark sinkenden Lohnstückkosten aufgefangen wird. Im nächsten Jahr kommt es angesichts des etwas besser laufenden Konsums zu einer weiteren Erhöhung der im Krisenjahr 2009 stark verringerten Margen, was sich bei nahezu unveränderten Lohnstückkosten jedoch kaum in den Preisen bemerkbar machen dürfte. Im kommenden Jahr dürften die Verbraucherpreise um 1,3 % steigen, nach 1,1 % in diesem Jahr.

Arbeitslosenzahl sinkt weiter

Seit dem Frühjahr 2010 zeichnet sich eine deutliche Erholung auf dem Arbeitsmarkt ab. Die Anzahl der Erwerbstätigen stieg seit März um monatlich gut 25 000 Personen. Die steigende Zahl offener Stellen und die laut Umfragen steigende Einstellungsbereitschaft deuten eine weitere Erholung an. Zwar bestehen im Ver-

Abbildung 3

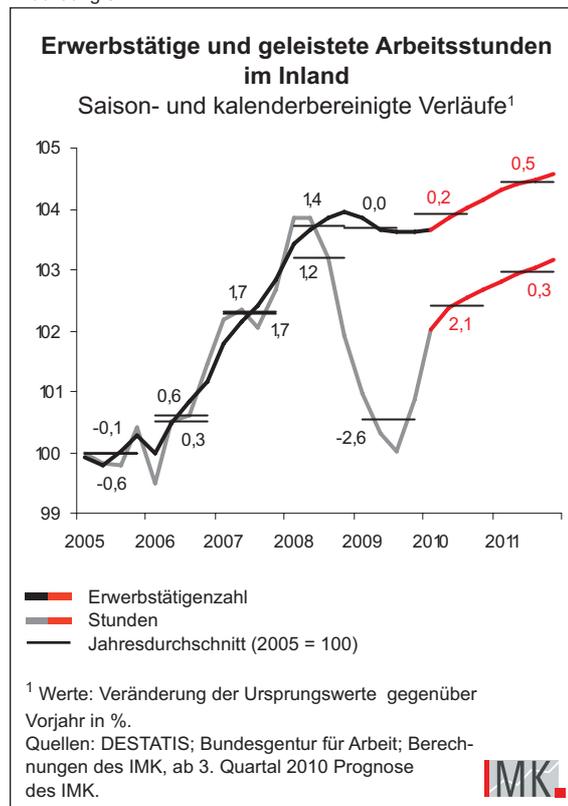
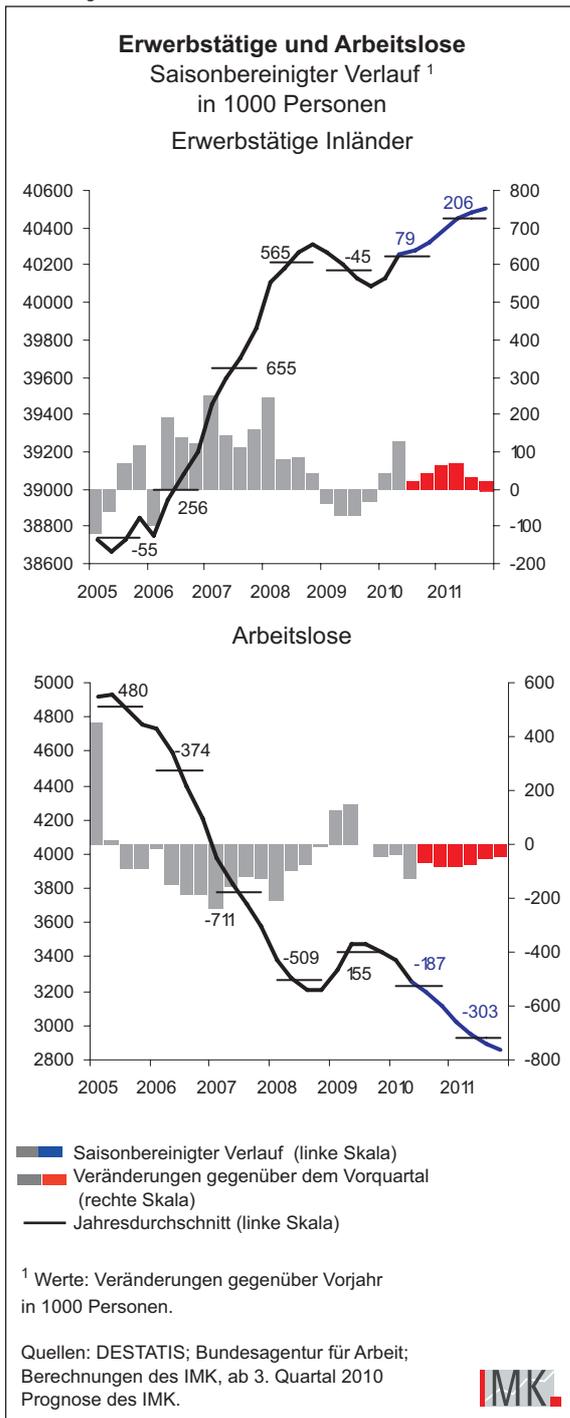


Abbildung 4



arbeitenden Gewerbe weiterhin Überkapazitäten, der Beschäftigungsabbau flachte sich aber deutlich ab. Im Prognosezeitraum sorgt die konjunkturelle Erholung für weitere Entspannung. Die anderen Sektoren bauen hingegen Beschäftigung auf, mit großteils zunehmender Dynamik. Auch der Trend zu einer steigenden Teilzeitquote scheint sich fortzusetzen.

Insgesamt erwartet das IMK einen leichten Anstieg der Erwerbstätigkeit um 0,2 % bzw. 85 000 Personen für dieses Jahr und – zu einem erheblichen Teil bedingt durch den Überhang – um 0,5 % bzw. 200 000 Personen für 2011. Die Arbeitslosigkeit dürfte dabei – unterstützt durch eine Änderung in der statistischen Erfassung³ und den Rückgang des Erwerbspersonenpotenzials – dieses Jahr um 190 000 Personen und 2011 um 300 000 Personen auf rund 2,9 Millionen im Jahresdurchschnitt zurückgehen. Die Arbeitslosenquote wird von 8,2 % im Jahr 2009 auf 7,7 % 2010 und 7,0 % 2011 sinken. Auch die Kurzarbeit dürfte weiter abnehmen, dieses Jahr auf 450 000 Personen im Jahresdurchschnitt, nächstes Jahr auf rund 120 000 Personen (Abbildungen 3 und 4, Tabelle 3).

Wirtschaftspolitische Flankierung einer robusten Erholung

Nach dem drastischen Einbruch der deutschen Wirtschaft 2008/2009 deutet sich für dieses Jahr ein starkes Comeback an: Das Bruttoinlandsprodukt wird voraussichtlich um 3,5 % zunehmen, die Arbeitslosigkeit dürfte sinken und die Beschäftigung steigen. Dennoch ist es zu früh, die Krise für beendet zu erklären. Im Durchschnitt des kommenden Jahres wird gerade einmal das Produktionsniveau von Ende 2007 erreicht. Die aktuelle Erholung ist zudem immer noch stark vom Außenhandelsüberschuss getragen und damit vor dem Hintergrund der schwierigen Lage vieler Handelspartner wenig robust. Ein sich selbst tragender Aufschwung setzt voraus, dass die Binnennachfrage in Deutschland stärker und damit zum entscheidenden Wachstumsmotor wird. Da sich die außenwirtschaftliche Dynamik – auch unter dem Eindruck der fiskalischen Konsolidierungsbestrebungen im übrigen Euroraum – aber abschwächen wird, ist nicht zu erwarten, dass der außenwirtschaftliche Funke eine hinreichend dynamische binnenwirtschaftliche Entwicklung in Gang setzt. Hier ist die Wirtschaftspolitik gefordert: Statt jetzt zu konsolidieren und damit die Konjunktur wieder zu schwächen, sollten die konjunkturellen Impulse seitens der Finanzpolitik im kommenden Jahr aufrecht erhalten bleiben. Allerdings sollten mehr und mehr mittelfristige Aspekte staatlicher Ausgaben in den Vordergrund treten. Das bedeutet, Ausgaben in Infrastruktur, Bildung und Ökologie,⁴ die sich auch mittelfristig positiv auf die Produktion auswirken, sollten ausgeweitet werden.

³ Ohne die Umstellung der statistischen Erfassung der Arbeitslosigkeit würde die Arbeitslosenzahl in beiden Jahren jeweils um rund 200 000 Personen höher ausfallen.

⁴ Das Niveau der öffentlichen Investitionen ist im internationalen Vergleich ohnehin zu gering und muss mittelfristig erhöht werden, um den aufgestauten Bedarf zu decken (Truger 2009).

Ein länger wählender und von der Binnenwirtschaft getragener Aufschwung in Deutschland ist auch für den Euroraum als Ganzes von entscheidender Bedeutung (Horn et al. 2010a und b). Der Euroraum insgesamt befindet sich noch in der Krise. Während der deutsche Staat historisch niedrige Zinsen auf längerfristige Staatsschuldtitel zahlt, sind die Renditen in Ländern wie Griechenland, Irland, Portugal und auch Spanien im Laufe des Jahres nach oben geschneit und erschweren dort die Konsolidierung der öffentlichen Finanzen, die sich infolge der Krisenbekämpfung stark verschlechtert haben. Beispielsweise hatten Spanien und Irland vor der Krise einen sehr niedrigen Schuldenstand und erzielten zudem Budgetüberschüsse. Alle diese Länder verzeichnen seit Jahren hohe Leistungsbilanzdefizite, die nun simultan mit den Haushaltsdefiziten abgebaut werden müssen. Wird die entsprechend gedämpfte inländische Nachfrage in diesen Ländern nicht durch eine kräftige Nachfrage in den Ländern mit Leistungsbilanzüberschüssen, allen voran Deutschland, aber auch den Niederlanden und Österreich kompensiert, droht der Euroraum – und damit eben auch Deutschland – über Jahre hinweg in eine deflationäre Stagnation zu geraten. Dies hätte negative Auswirkungen nicht nur auf den Lebensstandard, sondern auch auf das soziale Gefüge.

In dieser Konstellation muss eine Strategie zur Stärkung der deutschen Binnennachfrage über Lohnzurückhaltung – wie von einigen Ökonomen gefordert (Sinn 2009) – scheitern. Von Lohnzurückhaltung geht zunächst ein negativer Nachfrageimpuls aus, und bei unterausgelasteten Kapazitäten und geringen Absatzchancen bestehen nur geringe Anreize für Investitionen. Eine reale Lohnzurückhaltung stellt sich zudem nur ein, wenn die Preise die Entwicklung der Löhne nicht nachvollziehen. Bleiben aber in allen Ländern des Euroraums die Löhne hinter der Produktivitätsentwicklung zurück, kann es zu einer gefährlichen deflationären Abwärtsspirale kommen.

Übernimmt Deutschland demgegenüber die Rolle eines Konjunkturtreibers, indem die Erholung durch vermehrte öffentliche Investitionen im kommenden Jahr gefestigt wird, könnten die Ungleichgewichte im Euroraum ohne gravierende Wachstumsverluste abgebaut werden. Zum einen verlief die fiskalische Konsolidierung aufgrund höherer Steuereinnahmen einfacher. Zum anderen würde eine Korrektur der Leistungsbilanzungleichgewichte über zwei Schienen erfolgen. Erstens würde die stärkere Binnennachfrage in Deutschland die Importe aus den übrigen Euroraumländern anregen (was wiederum auch positiv auf die deutschen Exporte wirkte). Zweitens käme es zu einer Annäherung der internationalen

Wettbewerbsfähigkeit im Euroraum, da die durch die fiskalische Konsolidierung unterstützte Lohnzurückhaltung in den Defizitländern einer im Zuge des Aufschwungs stärkeren Lohnentwicklung in Deutschland gegenüberstünde. Letzteres würde auch die Phase übermäßiger Lohnzurückhaltung und der damit einhergehenden realen Abwertung seitens Deutschlands beenden.

Dieses Win-Win-Szenario bedarf allerdings der Unterstützung durch die Wirtschaftspolitik, insbesondere der deutschen Fiskalpolitik. Die derzeit geplante fiskalische Ausrichtung für das kommende Jahr muss daher korrigiert werden.

Eine expansivere Ausrichtung der Fiskalpolitik scheint zunächst im Widerspruch zu der seit Juli 2009 im Grundgesetz verankerten Schuldenbremse zu stehen, die dem Bund ab dem Jahr 2016 grundsätzlich nur noch ein strukturelles Haushaltsdefizit von 0,35 % des BIP erlaubt und den Ländern ab dem Jahr 2020 strukturelle Defizite ganz verbietet. Abgesehen von den Ländern, die Konsolidierungshilfen empfangen sollen (Berlin, Bremen, Saarland, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein), haben die Länder in der Übergangszeit nach dem Willen des Verfassungsgebers noch beträchtliche Handlungsspielräume, die sie in den nächsten Jahren für die dringend notwendigen Investitionen im weitesten Sinne und die Stärkung ihrer Kommunen, die bekanntlich für fast 60 % der gesamten öffentlichen Infrastrukturinvestitionen verantwortlich sind, nutzen sollten. Aber auch für den Bund werden sich im nächsten Jahr aufgrund der verbesserten Konjunkturlage voraussichtlich neue Spielräume eröffnen. Wie das IMK immer wieder betont hat, ist aufgrund der im Ausführungsgesetz zu Art. 115 GG festgelegten Methode der Bestimmung der konjunkturbedingt zulässigen Defizite damit zu rechnen, dass in einem Konjunkturab- oder -aufschwung immer nur ein Teil der tatsächlich zu erwartenden steigenden bzw. sinkenden Defizite auch als konjunkturbedingt ausgewiesen wird. Daher ist in Folge der unerwartet kräftigen konjunkturellen Erholung in diesem wie im nächsten Jahr mit einer spürbaren Reduktion der strukturellen Defizite zu rechnen, so dass die Grenzen für den Abbau des strukturellen Defizits bis zum Jahr 2016 wahrscheinlich in relevantem Umfang unterschritten werden. Die sich ergebenden Spielräume könnten im Sinne der hier vorgeschlagenen investiven Strategie genutzt werden. Will man dagegen aus politischen Gründen unbedingt einen beschleunigten Abbau der Defizite erreichen, so sollten alternativ als Gegenfinanzierung die Steuern erhöht werden. Aus konjunktur- wie verteilungspolitischer Sicht sollten dabei die Steuern für Haushalte mit hohem Einkommen und Vermögen im Mittelpunkt stehen (Ein-

kommensteuer für hohe Einkommen, Erbschaft- und Vermögensteuer, Finanztransaktionsteuer).

Auch bei der Geldpolitik stehen die Zeichen zu früh auf Straffung; insbesondere hat die EZB damit begonnen die unkonventionellen Maßnahmen abzubauen. Bis Ende des Jahres werden alle längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte mit den Banken mit einer Laufzeit von sechs und zwölf Monaten ausgelaufen sein, das Programm zum Aufkauf von Pfandbriefen wurde beendet und die Käufe von Staatspapieren aus dem Euroraum haben nur noch ein geringes Volumen und bleiben zudem ohne Liquiditätseffekt, da die entsprechenden Mittel über eine verzinste Termineinlage wieder abgezogen werden. Die dreimonatigen Geldmarktzinsen sind gegenüber dem Frühjahr um 0,2 Prozentpunkte gestiegen, was etwa zur Hälfte auf einen Anstieg der Unsicherheit zurückzuführen ist, der sich in der Differenz zu entsprechenden besicherten Krediten zwischen den Banken niederschlägt. Ein Anstieg der Leitzinsen wäre angesichts des auch von der EZB für 2011 erwarteten geringen Anstiegs des Bruttoinlandsprodukts und der verhaltenen Inflationsentwicklung – die Kernrate liegt seit Anfang des Jahres bei bzw. unter 1 % – und der Unterauslastung der Kapazitäten, schließlich beträgt die Arbeitslosenquote 10 %, nicht zu rechtfertigen und ist auch nicht zu erwarten.

Die EZB manövriert in schwierigen Gewässern: In den Ländern, die von der aktuellen Vertrauenskrise betroffen sind, schlagen die Wellen hoch. Die Renditeaufschläge gegenüber zehnjährigen deutschen Staatsanleihen betragen in der zweiten Septemberhälfte für Spanien 1,8 Prozentpunkte, für Portugal und Irland mehr als vier Prozentpunkte und für Griechenland reichlich neun Prozentpunkte. Es sind zudem primär die Banken in diesen Ländern, die massiv die Refinanzierungsgeschäfte der EZB in Anspruch nehmen: Sie sind gezwungen, verstärkt Mittel bei der EZB nachzufragen, da – besonders in Griechenland – Bankeinlagen abgezogen werden, die üblicherweise der Refinanzierung dienen, und der Zugang zu Mitteln am Geldmarkt infolge der erneut gestiegenen Risikoeinschätzung erschwert bzw. verwehrt ist. Zugleich sind es Banken dieser Länder, die seit einiger Zeit massiv in Staatsanleihen investieren, wobei der Verdacht nahe liegt, dass es sich um Staatsanleihen des eigenen Landes handelt. Diese können derzeit unabhängig von der Bonität zur Refinanzierung bei dem Europäischen System der Zentralbanken eingereicht werden. Demgegenüber bauen die deutschen Banken insgesamt ihre Verschuldung bei der EZB ab. Sie haben im Aggregat überschüssige Liquidität, die sie in der Einlagefazilität der EZB deponieren. Auch fragen sie besonders stark die höher verzinsten Termineinlagen nach. Verringert

die EZB ihre „Maßnahmen zur Unterstützung der Kreditvergabe“, so wird dies besonders die Banken der Krisenländer treffen. Auch für einen reibungslosen Ausstieg aus der stark expansiven Geldpolitik ist daher ein robuster Aufschwung in Deutschland unerlässlich, der zum Abbau der Ungleichgewichte beiträgt und dem gesamten Euroraum Stabilität verleiht.

Wie stark aber kann die deutsche Wirtschaft wachsen? Unter dem Eindruck der Wirtschafts- und Finanzkrise haben die meisten Prognostiker – auch geleitet durch ihre an Trends orientierten Modelle – die zu erwartenden Produktionsmöglichkeiten und deren Wachstum abgesenkt – zu Unrecht, wie sich nun zeigt.⁵ Die hohe interne Flexibilität des deutschen Arbeitsmarktes zeigte sich in der jüngsten Krise in eindrucksvoller Weise: Arbeitszeitkonten wurden geräumt, Arbeitsstunden tariflich verringert und die staatlich geförderte Kurzarbeit extensiv genutzt. Diese Flexibilität hat Arbeitsplätze erhalten und es den Unternehmen ermöglicht, ohne Reibungsverluste die nun gestiegene Nachfrage (insbesondere aus dem Ausland) zu bedienen. In keinem anderen Land des Euroraums war der Anstieg der Arbeitslosigkeit so gering wie in Deutschland, obwohl gerade hier der wirtschaftliche Einbruch besonders stark ausfiel. Doch trotz des relativ geringen Produktionsniveaus sind bereits Klagen über einen Facharbeitermangel zu hören. Ein vermeintlicher Mangel an Facharbeitern ist dabei zumindest in der aktuellen Situation wohl primär eine Frage des Blickwinkels. Es dürfte ein erhebliches Reservoir an Fachkräften geben, die sich angesichts fehlender oder mit der familiären Situation nicht in Einklang zu bringender Stellen desillusioniert vom Arbeitsmarkt abgewandt haben. Auch steht weiterhin ein erheblicher Pool aus Arbeitslosen und Unterbeschäftigten zur Verfügung, und es finden sich erhebliche Reserven bei qualifizierten Fachkräften, die Schwierigkeiten mit der formalen Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen haben. Des Weiteren ist der Anteil unfreiwillig Teilzeitbeschäftigter in Deutschland relativ hoch. Die Unternehmen können diese Potenziale entweder ignorieren oder durch Weiterbildungsmaßnahmen und eine arbeitnehmerorientierte Flexibilisierung der Arbeitszeiten aktivieren. Vor diesem Hintergrund könnte die deutsche Wirtschaft in den kommenden Jahren mit einer Rate von rund 3 % wachsen, ohne dass inflationäre Verspannungen auftreten.

Ob in einem Währungsraum zusammengeschlossen oder nicht, Deutschlands wirtschaftliche Entwicklung hängt in starkem Maße von der Situation in den Haupthandelspartnerländern ab. Ohne Währungsunion

⁵ Dasselbe Phänomen war auch in der Schwächephase in der ersten Hälfte des vergangenen Jahrzehnts zu beobachten (Horn/Tober 2007).

hätte die Währung Deutschlands im Zuge der Turbulenzen dieses Jahres massiv aufgewertet. Folglich hätte es die aktuell zu beobachtende Export getragene Erholung nicht gegeben, ebenso wenig die historisch niedrigen Finanzierungskosten des Staates.⁶ Die Bewältigung der Ungleichgewichte und der wirtschaftlichen Schwäche im Euroraum erfordert ein relativ kräftiges Wachstum in Deutschland. Um dieses zu erreichen, muss die Konsolidierung zwar vorübergehend aufgeschoben werden, die Finanzierung der öffentlichen Investitionen ist aber zu sehr geringen Zinsen zu haben und erhöht zudem das Produktionspotenzial. Eine nennenswerte Verringerung der Arbeitslosigkeit ist bei drei Millionen Erwerbslosen ebenfalls als Pluspunkt zu werten. Die Gefahr, dass der fiskalische Impuls zu stark prozyklisch wirkt, kann dadurch gebannt werden, dass die Infrastrukturmaßnahmen im Falle einer stärker als erwartet ausfallenden Eigendynamik des Aufschwungs durch Steuererhöhungen gegenfinanziert werden.

⁶ Ein derart niedriges nominales Zinsniveau für zehnjährige Staatspapiere hat es seit Beginn der Reihe im Jahre 1972 nicht gegeben.

Literatur

Horn, G./Tober, S. (2007): Wie stark kann die deutsche Wirtschaft wachsen? Zu den Irrungen und Wirrungen der Potenzialberechnung. IMK Report, Nr. 17, Düsseldorf.

Horn, G. A./Niechoj, T./Tober, S./van Treeck, T./Truger, A. (2010a): Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts: Nicht nur öffentliche, auch private Verschuldung zählt. IMK Report, Nr. 51, Düsseldorf.

Horn, G. A./Tober, S./van Treeck, T./Truger, A. (2010b): Euroraum vor der Zerreißprobe? IMK Report, Nr. 48, April 2010. Düsseldorf.

Truger, A. (2009): Die makroökonomische Bedeutung öffentlicher Investitionen und ihre Finanzierbarkeit. WSI Mitteilungen 5/2009, S. 243–250.

Sinn, H.-W. (2009): Falsches Geschäftsmodell, Wirtschaftswoche, 22.06.2009.

Abgeschlossen am 27. September 2010

Herausgeber: Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) in der Hans-Böckler-Stiftung, Hans-Böckler-Str. 39, 40476 Düsseldorf, Telefon 0211 7778-331, Telefax 0211 7778-266, IMK@boeckler.de, <http://www.imk-boeckler.de>

Redaktionsleitung: Prof. Dr. Gustav A. Horn
Pressekontakt: Rainer Jung, 0211 7778-150

Druck: Setzkasten GmbH, Kreuzbergstraße 56, 40489 Düsseldorf
ISSN 1861-3683

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe zulässig.

**Hans Böckler
Stiftung** 

Fakten für eine faire Arbeitswelt.